

sidenten billigt, so wird doch die Regierung, wie der Minister des Innern angedeutet hat, ihrerseits an dem Geiste der Versöhnlichkeit festhalten, den die Thronrede athmet.

Die Regierung darf zuversichtlich annehmen, daß der gehobene patriotische Geist und Sinn des preussischen Volkes den raschen Wechsel des Herrn Grabow überdauern und daß das Volk richtig erkennen werde, auf welcher Seite das Streben nach Ausgleichung des inneren Gegensatzes und die wirkliche Fürsorge für die Wohlfahrt und den Frieden des Volkes ist.

(Das Abgeordnetenhaus) hat seitens der Staatsregierung bereits eine große Reihe von Vorlagen erhalten, darunter zunächst den Staatshaushalt für 1865 (über welchen bald Näheres mitzutheilen sein wird) und eine Anzahl von Eisenbahn-Vorlagen für die verschiedensten Theile der Monarchie.

Als bald erhob sich im Hause ein lebhafter Streit über die Behandlung dieser Vorlagen. Einige Abgeordnete wollten nicht, daß das Haus sich überhaupt auf die Prüfung und Vorberathung des Staatshaushalts in der Kommission ohne Weiteres einlasse, vielmehr solle zuerst eine allgemeine Berathung im Hause selbst darüber stattfinden, ob man sich mit der Regierung über die Grundsätze des Budgetrechts verständigen könne: entgegengesetzten Falls sollte der Staatshaushalt von vorn herein zurückgewiesen werden. — Dieser Antrag fand jedoch nicht die Zustimmung des Hauses, vermuthlich weil man mit Recht besorgte, daß durch ein solches Verfahren die Schuld des Hauses an dem Nichtzustandekommen des Staatshaushalts-Gesetzes von vorn herein zu klar und greifbar hervortreten würde.

Auch auf die Eisenbahn-Vorlagen wollte ein Theil der Abgeordneten nicht eher eingehen, bis dem Hause sein angeblich bestrittenes Budgetrecht wieder gesichert sei. Doch hielt man es auch in dieser Beziehung schließlich für klüger, die für die Wohlfahrt der verschiedenen Landestheile so wichtigen Anlagen nicht sofort hinten zu stellen.

Der Ton und Geist aber, in welchem alle diese Verhandlungen geführt wurden, giebt von vorn herein leider nur wenig Hoffnung, daß die Mehrheit des Hauses geneigt sei, dem Wunsche des Königs auf Verständigung entgegenzukommen.

(Das Herrenhaus) schritt gleich in seiner ersten Sitzung zur Wahl seines Präsidenten, welche auch diesmal auf den Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode fiel. Derselbe dankte dem Hause für diesen abermaligen Beweis des Vertrauens und fuhr dann in seiner Rede folgendermaßen fort:

»Sie Alle, meine Herren, werden sich erinnern, mit welchen Gefühlen wir in unsere Heimath zurückgingen, als wir, vor bald einem Jahre, uns trennten. Es waren damals Gefühle der Hoffnung, es waren Wünsche, die unser Herz bewegten. Es war das Gefühl der Hoffnung, daß Gott der Allmächtige sich zu unserm König bekennen werde, in dem, was er unternommen. Es waren heiße Wünsche für unsere Armee, für die Armee, die eben ganz besonders das eigenste Werk unseres Königs Wilhelm in letzter Zeit gewesen ist. Es waren die Wünsche, daß sie sich in allen Proben, die ihr zu Theil werden würden, in einer Weise zeigen möchte, wie es eben von einer preussischen Armee nur erwartet werden kann. Heute dürfen wir loben und danken für Alles, was geschehen. Mit Gottes Hülfe hat unser königlicher Herr der Welt gezeigt, wie er, Hand in Hand mit seinem kaiserlichen Bundesgenossen, für deutsches Recht, preussische Macht Alles einzusetzen wußte. Wir dürfen uns freuen, daß unsere Armee die Feuer- und Wasserprobe ehrlich bestanden hat. Wo die schwarz-weiße und wo die schwarz-gelbe Fahne geweht haben, da war der Sieg an jedes einzelne Bajonett befestigt. Wir können loben und danken, daß wir heute mit frischer Hoffnung und mit festem Vertrauen der Zukunft und den in ihr ruhenden inneren und äußeren Fragen entgegenreten. Und wie das Ministerium seine Stärke darin gesucht und gefunden hat, des Königs Gedanken und seinen Willen überall zur Ausführung zu bringen, so werden wir gewiß auch, so wie es bisher Sitte im Hause gewesen ist, mit Treue und Anhänglichkeit unsere Pflichten erfüllen. Wir können heute doppelt froh und freudig rufen: »Es lebe unser Allergnädigster König und Herr, der siegreiche König! Hoch! Er lebe abermals hoch! Und immer hoch!« — Die Versammlung stimmte, sich erhebend, begeistert in dieses dreimalige Hoch ein.

In seiner zweiten Sitzung hat das Herrenhaus einstimmig beschlossen, eine Adresse an Se. Majestät den König zu richten.

Neben anderen Gesetzen wird dem Herrenhause in nächster Woche vermuthlich die Militair-Vorlage der Regierung zur Berathung zugehen.

(Die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich) über die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit dauern in freundschaftlicher und durchaus vertraulicher Weise fort: obwohl eine Uebereinstimmung der Ansichten über mehrere der wichtigsten Punkte noch nicht erzielt ist, so ist doch kein Grund, zu bezweifeln, daß dieselbe seiner Zeit erzielt werde.

Inzwischen hat ein Wiener Blatt angeblich genaue Mittheilungen über den zwischen beiden Höfen stattgefundenen Meinungsaustausch gebracht. Die österreichische Regierung hat sich jedoch beeilt, die Ungenauigkeit und Unzuverlässigkeit jener Angaben erklären zu lassen. Der Urheber derselben scheint allerdings, wenn auch auf unerlaubtem Wege, eine oberflächliche Kenntniß von einem Theil der Verhandlungen erhalten zu haben; was er davon mittheilt, ist aber durchweg in der Absicht zurecht gemacht, die preussische Regierung in ein recht ungünstiges Licht zu stellen. So lange die Verhandlungen nicht zu irgend einem Abschluß geführt haben, ist natürlich die Veröffentlichung einzelner Stücke aus denselben der Sache nicht förderlich, und die preussische, wie die österreichische Regierung müssen es sich daher vorläufig versagen, jenen vielfach gefälschten Angaben den wirklichen Inhalt der Verhandlungen entgegen zu stellen.

In Bezug auf Preußen ist vorläufig das Eine entschieden festzuhalten, daß unsere Regierung in keine Entscheidung über das Schicksal der Herzogthümer und über die künftige Regierung in denselben willigen wird, so lange nicht für die Erfüllung aller im Interesse Preußens und Deutschlands zu stellenden Forderungen in Betreff der künftigen militairischen, maritimen und kommerziellen Beziehungen der Herzogthümer zu Preußen volle und sichere Gewähr erreicht ist.

Prinz Friedrich Karl hat am 14. Abends, die Reise nach Wien angetreten.

Die Ankunft in Wien erfolgte am 15. Abends. Se. Königliche Hoheit wurde im Nordbahnhofe von dem Erzherzoge Leopold empfangen und ist in der kaiserlichen Hofburg abgestiegen. Eine Ehren-Compagnie vom Infanterie-Regiment Herzog von Parma war an der Bahnhofshalle mit Fahne und Musik-Corps in Parade, mit Feldzeichen geschmückt, aufgestellt. Der kaiserliche Wartesalon des Bahnhofes war festlich zum Empfange hergerichtet und prangte im reichsten Blumenschmucke.

Bei der Ankunft des Bahnzuges spielte die Militairmusik die preussische Volksbhymne. Der Prinz, in österreichischer Uniform, umarmte den Erzherzog Leopold auf das Herzlichste und fuhr dann in dessen Begleitung, vom Publikum lebhaft begrüßt, nach der kaiserlichen Hofburg. Kurz nach seiner Ankunft wurde er vom Kaiser und der Kaiserin empfangen. Am anderen Morgen machte die kaiserliche Generalität dem Prinzen die Aufwartung. Derselbe wird neben den ihm zu Ehren veranstalteten Hoffestlichkeiten viele der militairischen Anstalten und Einrichtungen in Wien in Augenschein nehmen. Dagegen sind alle Behauptungen über politische Aufträge, die er bei seiner Reise erhalten habe, vollständig grundlos. Der Prinz verbleibt bis Ende dieser Woche in Wien.

Se. Majestät der König hat auf den Antrag der Kreisstände genehmigt, daß die dem Prinzen Friedrich Karl gehörigen Besitzungen Neu-Zehlendorf und Drei-Linden zur Erinnerung an die unter der Führung des Prinzen ausgeführte glorreiche Waffenthat fortan als Rittergut den Namen Düppel erhalten.

(Die Amtsblätter) sind nach ihrer ursprünglichen gesetzlichen Einrichtung auch zu »Belehrungen des Publikums über öffentliche Angelegenheiten« bestimmt. Es ist jedoch hiervon seither wenig Gebrauch gemacht worden, vielmehr enthielten die Amtsblätter in der Regel nur die Bekanntmachungen der Behörden und andere öffentliche Anzeigen.

Die Staatsregierung hat nunmehr beschlossen, jene ursprüngliche Bestimmung überall zur Ausführung zu bringen und demgemäß in den Amtsblättern aller Regierungsbezirke fortan regelmäßig belehrende Aufsätze über öffentliche Angelegenheiten und zwar theils über die allgemeinen Staatsangelegenheiten, theils über Gegenstände von provinziellem Interesse abdrucken zu lassen. Es wird auch auf diesem Wege dafür gesorgt werden, daß das Publikum überall Gelegenheit erhalte, sich über die wirklichen Auffassungen und Absichten der Regierung zu unterrichten.